



Für ein Prüfrecht, dem Konsequenzen folgen

Zum Tätigkeitsbericht des Thüringer Beauftragten für den Datenschutz

Der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Dr. Lutz Hasse, hat kürzlich Bilanz seiner Arbeit der vergangenen zwei Jahre gezogen und als Schwerpunkte u.a. die Affäre um ungesicherte Akten in Immelborn, die Datenschutzverstöße in der Polizeischule in Meiningen sowie die Video-Überwachung in Firmen und im öffentlichen Raum genannt.

„Umfang und Inhalt des Tätigkeitsberichts des Datenschutzbeauftragten sind eindrucksvoller Ausdruck dafür, dass ein ausreichendes Verständnis für den Datenschutz in Thüringen nicht durchgängig vorhanden ist. Dieser wird allzu oft eher als lästiges Übel, denn als notwendige Umsetzung eines verfassungsrechtlich garantierten Grundrechts angesehen“, so Sabine Berninger, Sprecherin für Datenschutz der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, in Reaktion auf den Datenschutzbericht.

Die öffentliche Verwaltung mache hier keine Ausnahme. „Die rechtswidrige Datenerhebung im Zuständigkeitsbereich der Thüringer Polizei in den letzten zwei Jahren – angefangen bei der Videoüberwachung im Landeskriminalamt über die auch technische Überwachung von Beamten bis hin zum Auslesen von Kommunikations- und Inhaltsdaten von Personalräten, Abgeordneten und Journalisten – ist keine Aneinanderreihung unglückli-

cher Umstände. Sie ist Ausdruck eines mangelnden Verständnisses darüber, was Staat oder Dienstherr unter welchen Voraussetzungen tatsächlich dürfen. Die öffentliche Verwaltung, sehr viel mehr noch die Polizei, muss Vorreiter für einen verfassungsrechtlich konformen Datenschutz sein. Dies ist bislang aber nicht der Fall“, betonte die Abgeordnete. Sabine Berninger kündigte an, die fehlenden Sanktionsmöglichkeiten des Datenschutzbeauftragten gegenüber Behörden zu prüfen. Bislang dürfe der Datenschutzbeauftragte lediglich eine eher folgenlose Beanstandung aussprechen, nicht aber selbst Anordnungen oder Ersatzverfahren verhängen.

Sabine Berninger: Minister vollführt Kompetenzstreit

„Wir brauchen die Diskussion, ob dem Prüfrecht auch unmittelbar Konsequenzen folgen sollten. Damit würde sichergestellt, dass Datenschutzverstöße sich nicht als 'Dauerbrenner' durch mehrere Tätigkeitsberichte ziehen.“ Die Datenschutz-Politikerin der Linksfraktion sieht eine Tendenz, dass immer leichter handhabbare und kostengünstigere Möglichkeiten der Datenerhebung, zum Beispiel durch den Einsatz von Videoüberwachungstechnik, auch genutzt werden. „Insbesondere im nicht-öffentlichen Bereich der Unternehmen muss gegengesteuert und der Arbeitnehmerdatenschutz gestärkt werden. Angesichts der Übertra-

gung der Kontrollbefugnisse an den nicht-öffentlichen Bereich ist für die kommenden Jahre zu prüfen, ob die Institution des Datenschutzbeauftragten gemessen an dem erforderlichen Aufgabenumfang ausreichend strukturell ausgestattet ist. Wir haben hier begründete Zweifel.“

In der Affäre um die ungesicherten Akten in Immelborn (Wartburgkreis) hatte der Datenschutzbeauftragte angekündigt, die Polizei auf Amtshilfe verklagen zu wollen. Er werde Anfang Juni beim Verwaltungsgericht in Weimar Klage einreichen. Es geht dabei um das Sortieren und Sichern von rund 250 000 Akten. Die von Lutz Hasse angeforderte Hilfe durch Polizeibeamte war von Innenminister Jörg Geibert wiederholt abgelehnt worden. Zunächst sei eine einstweilige Anordnung des Gerichts notwendig, da die zuständige Bank angekündigt hatte, die Halle, in der die Akten lagern, versteigern zu wollen.

„Es ist vollkommen unverständlich, dass das Thüringer Innenministerium bislang nicht bereit gewesen ist, einen unterstützenden Beitrag zur Herstellung eines datenschutzgerechten Zustandes zu leisten. Eigentlich ist doch zu erwarten, dass das Innenministerium das Anliegen des Datenschutzbeauftragten unterstützt. Stattdessen vollführt der Minister einen Kompetenzstreit, in dessen Ergebnis ein datenschutzwidriger Zustand länger als notwendig fortbesteht“, lautete die Kritik von Sabine Berninger. ■

KOMMENTIERT:

von Katharina König

Mehr als erfreulich

Der Landtag hat in seiner Sitzung am 22. Mai unserem Antrag „Verschlüsselte Kommunikation ermöglichen und befördern“ zugestimmt. Das ist ein guter erster Schritt, die Vertraulichkeit der elektronischen Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den öffentlichen Stellen in Thüringen zu ermöglichen. Mit diesem Beschluss gehen wir in Thüringen nun den richtigen Weg und das ist mehr als erfreulich.

Es gab einen großen, fraktionsübergreifenden Zuspruch zu unserem Antrag, auch wenn durch den Justizausschuss kleinere Änderungen am Ursprungstext vorgenommen wurden. Eine sichere Kommunikation der Bürgerinnen und Bürger mit öffentlichen Stellen und Behörden ist auch auf elektronischem Wege wichtig. Dass dies nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Rechtssicherheit zu sehen ist, sondern auch die Vertraulichkeit mit einschließen muss, ist nun offenbar auch bei allen Fraktionen im Thüringer Landtag angekommen.

Vom technischen Aspekt ist es bedeutsam, dass eine echte End-to-End-Verschlüsselung umgesetzt wird. Alle Maßnahmen nützen nichts, wenn auch nur an einer Stelle der Kommunikation zwischen Behörde und Bürger Inhalte unverschlüsselt und offen vorliegen. Nur wenn vom Sender bis zum Empfänger kein anderer Zugriff auf die Inhalte möglich ist, ist eine wirkliche Vertraulichkeit gegeben. Die allseits propagierte De-Mail erfüllt diese Anforderung nicht.

Wichtig ist auch, dass an vielen Stellen auf die Möglichkeiten zur verschlüsselten Kommunikation hingewiesen wird. Dass die Hinweise auf den Webseiten der Landesregierung auftauchen, ist wichtig, und es wäre richtiger gewesen, dies auch auf die Internetauftritte der untergeordneten Stellen auszuweiten. Dies wurde leider durch den Justizausschuss geändert. Es bleibt nun abzuwarten, wann und wie die beschlossenen Maßnahmen umgesetzt werden. Der Verweis auf das IT-Konzept der Landesregierung lässt befürchten, dass die derzeitige Landesregierung diese Maßnahmen weiter verschleppen wird. Wir werden als Fraktion DIE LINKE weiter an der Umsetzung arbeiten und jegliche Maßnahmen zur Sensibilisierung von Bürgern für verschlüsselte Kommunikation, anonymisiertes Surfen sowie Verschlüsselung von Rechnern und Datenträgern weiter unterstützen. ■

AKTUELL

Diskussionen zum Pumpspeicherwerk

Als der Thüringer Landtag kürzlich über den Gesetzentwurf der LINKEN zur Fernwasserversorgung debattierte, gab es eine überraschende Ankündigung der CDU-Fraktion: Die Talsperre Schmalwasser, die seit etwa zehn Jahren nicht mehr für die Trinkwasserversorgung benötigt wird, soll nicht als Unterbecken für das geplante Pumpspeicherwerk (PSW) zur Verfügung gestellt werden.

„Das ist Investorentäuschung der schlimmsten Art. Nachdem die Planungen für ein Pumpspeicherwerk durch die Firma TRIANEL auf Wunsch der CDU-geführten Landesregierung weit vorangeschritten sind, soll dem Projekt jetzt die Grundlage vollständig entzogen werden!“, kritisierte nach der Landtagsdebatte der Umweltpolitiker der Linksfraktion und

Vorsitzende des Unterausschusses Tilo Kummer. Statt mit den Bürgern und Gemeinden der Region sowie dem Investor und der Fernwasserversorgung (TFW) am extra dafür eingerichteten Runden Tisch einen sinnvollen Kompromiss zwischen den Bedürfnissen des Naturschutzes, des Tourismus, der Wasserversorgung und der Speicherung erneuerbarer Energien zu suchen, torpediere die CDU aus reiner Wahlkampfaktik plötzlich dieses Projekt.

„Man hat offensichtlich vergessen, dass sich die Ministerpräsidentin noch vor zwei Jahren das PSW Schmalwasser als 1000 MW-Variante wünschte“, erinnerte Tilo Kummer. Der Abgeordnete forderte die Landesregierung auf, ihre ursprünglichen Zusagen bezüglich der Verfügbarkeit der Talsperre

Schmalwasser für ein Pumpspeicherwerk einzuhalten. Statt das Projekt einfach zu verwerfen, sollte im Verfahren die Nordvariante des Oberbeckenstandortes, verbunden mit einer 600 Megawatt Leistung und einem 110 kV-Anschluss an das Thüringer Stromnetz, umgesetzt werden.

Damit würde ein wichtiger Baustein für eine erneuerbare Energieversorgung Thüringens geschaffen und gleichzeitig ließen sich die Bedenken bezüglich einer negativen Beeinträchtigung des Rennsteigs berücksichtigen. „Durch die neue Nutzung der Talsperre Schmalwasser könnte die Fernwasserversorgung außerdem Einnahmen erzielen und vielleicht sogar den Fernwasserpreis senken!“, so die Hoffnung des Abgeordneten der Linksfraktion. ■